

Vorwort



Die Europäische Union befindet sich derzeit an einem Scheideweg: Die asymmetrische Konstruktion des Euros – Stichwort „europäische“ Geldpolitik, versus nationalstaatliche Wirtschafts- und Fiskalpolitiken – wird von den Märkten gnadenlos ausgereizt. Die Spekulationen werden auch durch die Liberalisierungen des Finanzsektors der letzten beiden Jahrzehnte ermöglicht. Dies betrifft uns alle.

Deshalb wird es auch für uns alle wichtig sein, die systemischen Krisenursachen zu überwinden. Die strukturelle Lösung kann nur in einem besser koordinierten Europa liegen. Entscheidend ist dabei aber die grundlegende (wirtschafts-)politische Ausrichtung der EU: Neoliberale Marktgläubigkeit oder klare staatliche Regelungssysteme für ein soziales und ökologisches Europa. Diese Entscheidung wird auch die grundlegenden Rahmenbedingungen für die Kommunalpolitik darstellen.

Der Gemeinderatsausschuss für europäische und internationale Angelegenheiten ist das Wiener Gremium zur Diskussion derartiger Fragen. Bereits in seinen ersten Sitzungen ist es gelungen, die grundlegende Ausrichtung der Wiener Haltung zur EU sowie konkrete Leitlinien der Wiener EU-Politik in der „Wiener Europadeklaration 2011“ festzulegen. Dieses erfreuliche Ergebnis stellt eine gute Basis dar, die spezifischen Wiener Interessen auf allen Ebenen und in allen relevanten (inter-)nationalen Gremien auch künftig bestens zu vertreten. Ich bin davon überzeugt, damit auch der Stimme der Städte im europäischen Konzert mehr Gehör zu verschaffen.

Dr. Michael Häupl

Bürgermeister und Landeshauptmann von Wien



Stadt und Land Wien haben von der EU-Erweiterung und dem Binnenmarkt bisher überwiegend profitiert, dennoch ist die Einstellung der Bürger und Bürgerinnen zum vereinten Europa eher kritisch und der Europagedanke noch nicht wirklich in der Bevölkerung verankert. Diesen zwar faktenbezogenen, dabei aber sehr emotionalen Kommunikationsprozess zu intensivieren – auch im Hinblick auf die nächsten Wahlen zum Europäischen Parlament – ist mit ein wesentliches Anliegen der Wiener Europadeklaration 2011, in der die Rolle unserer Stadt als Kompetenzzentrum für grenzüberschreitende und transnationale Zusammenarbeit festgeschrieben wird.

Projekte wie die Donauroaumstrategie, die diesen Europagedanken vor allem bei der Jugend stärken, und die den zentralen Mehrwert der europäischen Kohäsionspolitik für alle transparent machen sollen, gehören zu den vorrangigen Aufgaben und Interessen Wiens im Rahmen des Vertrags von Lissabon.

Die städtische Dimension solcher Projekte muss allerdings entsprechend kommuniziert und persönlich erlebbar werden, damit sie von allen Wienerinnen und Wienern aktiv mitgetragen wird! Nur mit diesem Rückhalt kann die Stadt Wien ihre Chancen als Völker verbindende, kreative Kraft im Herzen Europas auch in Zukunft optimal nutzen und ihren Führungsanspruch als Kulturmetropole, Wissenschaftszentrum, Umweltmusterstadt und Hort der Lebensqualität weiterhin behaupten.

LAbg. Profⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Elisabeth Vitouch

Vorsitzende des Gemeinderatsausschusses für europäische und internationale Angelegenheiten, SPÖ



Europapolitik betrifft die Bürgerinnen und Bürger in ihren Auswirkungen unmittelbar.

Die EU weiter zu demokratisieren und Europapolitik auch auf kommunaler Ebene auf eine breitere Basis zu stellen, ist Gebot der Stunde. Letzteres nimmt das rot-grüne Wien mit der Einrichtung des Europa-Ausschusses und mit der geplanten Schaffung eines „Wiener Europadialogs“ mit der Zivilgesellschaft in Angriff.

Während der Vertrag von Lissabon mit der Aufwertung des Europäischen Parlaments und der Schaffung einer „Europäischen Bürgerinitiative“ eine erfreuliche Entwicklung ist, besteht gleichzeitig die Gefahr einer Ent-Demokratisierung Europas durch die Pläne für eine „Europäische Wirtschaftsregierung“.

Die bislang vorgeschlagenen Maßnahmen zur Bekämpfung der Finanzkrise verschärfen in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union soziale Spannungen und kanalisieren sich in verstärkten Nationalismen. Sie gefährden dabei das Projekt eines gemeinsamen solidarischen Europas stärker als es die Krise selbst könnte.

Wer Europa retten will, muss Europa verändern. Ein „Mehr an Europa“ ist in der Krise unerlässlich, doch muss darauf geachtet werden, dass die Entscheidungen nicht „abgehoben“ und ohne Rücksicht auf soziale Auswirkungen fallen.

Auch diesen Aspekt anzusprechen ist ein Verdienst der „Europadeklaration 2011“, mit der sich die Stadt Wien einmal mehr mit kritisch-zukunftsweisender Stimme zu Wort meldet.

LAbg. Dr. in Monika Vana

Stv. Vorsitzende des Gemeinderatsausschusses für europäische und internationale Angelegenheiten,
Grüne Sprecherin für Arbeitsmarkt, Europa und öffentlichen Dienst



Die EU durchlebt gegenwärtig eine schwere Krise, deren Ende nicht abzusehen ist. Sie hat in der Bevölkerung massiv an Vertrauen verloren. Wir Freiheitlichen haben schon frühzeitig vor Fehlentwicklungen im System gewarnt, ohne grundsätzlich gegen die Gemeinschaft zu sein. Was wir allerdings nicht wollen, ist eine Vergemeinschaftung der Schulden in einer Transferunion und die weitere Abgabe staatlicher Rechte nach Brüssel. Es sollte sogar zu einer Rückverlagerung von Zuständigkeiten kommen. Unser Ziel ist der Staatenbund (Europa der Vaterländer), nicht der Bundesstaat.

Die vorliegende Deklaration können wir mittragen, weil sie sich vor allem mit zentralen Problemen Wiens befasst und in wichtigen Punkten auch unsere Bedenken angesprochen und Änderungen akzeptiert wurden. Wir wollen damit zu einer geschlossenen und starken Position Wiens nach außen, bei der künftigen Regelung wesentlicher Bereiche, wie Subsidiarität und Dienstleistung, beitragen.

Die im Papier angesprochenen „städtischen Positionen“ behandeln Zukunftsfragen unserer Stadt, die von möglichst großen Teilen der Bevölkerung mitgetragen werden sollten. Wir begrüßen daher den Versuch, im neu geschaffenen EU- Ausschuss, trotz durchaus oftmals unterschiedlichen Auffassungen, bei Fragen der Vertretung nach außen, Geschlossenheit zu erzielen. Dies ist nur durch Kompromisse aller Beteiligten möglich. Wir sind, im Interesse Wiens, dazu bereit.

LAbg. Mag. Wolfgang Jung

Mitglied des Gemeinderatsausschusses für europäische und internationale Angelegenheiten,
Sprecher für Europafragen und Stadtaußenpolitik der FPÖ



Wien ist heute eine der zentralen Städte Europas! Das heutige Wien, wie wir es seit Beginn des 21. Jahrhunderts erleben, ist geprägt von einer Vielzahl europäischer Wirtschafts- und Kultureinflüsse. Durch den Fall des Eisernen Vorhanges, den Beitritt Österreichs zur EU und der späteren EU-Osterweiterung ist Wien wirtschaftlich und gesellschaftlich in die Mitte Europas gerückt. Diese Entwicklung wäre noch vor einem Viertel Jahrhundert kaum vorstellbar gewesen. Erst als im Sommer 1989 der damalige Österreichische Außenminister Alois Mock in der Bundesregierung das Absenden des EU-Beitrittsbriefes durchsetzen konnte, und beinahe zeitgleich mit seinem Ungarischen Amtskollegen den vorgelagerten Signalzaun an der Österreich-Ungarischen Grenze bei Sopron durchtrennte, wurde die Hoffnung auf ein geeintes Europa greifbar. Für Wien war die EU-Osterweiterung 2004 ein wichtiger wirtschaftspolitischer Meilenstein, denn seither konnte Wien die Rolle als Drehkreuz Mitteleuropas aktiv ausbauen. Der viel zitierte „Mitteleuropagedanke“, den der frühere ÖVP Vizebürgermeister Wiens und spätere Vizekanzler, Dr. Erhard Busek, bereits in den 1980er Jahren prägte, wurde gelebte Realität. Heute erleben wir die Umsetzung der europäischen Integration und das Gestalten des Zusammenlebens von Menschen verschiedener Kulturen und Religionen innerhalb der Europäischen Union als wichtige politische Herausforderung. Nach der politischen und wirtschaftlichen Integration, braucht es nun eine Integration der Bürger in das Projekt Europa. Schließlich sind es die Bürger selbst, die die Zukunft der europäischen Integration gestalten.

LAbg. Dr. Matthias Tschirf

Mitglied des Gemeinderatsausschusses für europäische und internationale Angelegenheiten, ÖVP